

MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



Große Friedberger Straße 16-20
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 28 35 48
Fax: (069) 29 63 30
post@mhm-ffm.de
www.mhm-ffm.de

10.05.2007

Die Stadt Frankfurt will Wohnungsbau im Offenbacher Hafen verhindern

Sehr geehrte Damen und Herren,

allerorten, auch im Frankfurter Westhafen, werden Hafengebiete zu attraktiven Wohngebieten umgebaut. Nun will die Stadt Frankfurt ihrer Nachbargemeinde Offenbach verbieten, ein brachliegendes Hafengelände in ein Wohngebiet umzuwandeln.

Dabei bietet die offizielle Begründung der Stadt Frankfurt eher Argumente für die Gegenposition. Sinngemäß: Die 220 Meter vom geplanten Baugebiet entfernten Frankfurter Industrieunternehmen verursachen so starke Emissionen, dass künftige Offenbacher Bewohner verlangen könnten, dass die Betriebe kostspielige Schutzmaßnahmen, insbesondere gegen Lärm (vielleicht auch gegen Luftverschmutzungen?), anbringen lassen müssen.

Vernünftigerweise sollte aber jeder Betrieb möglichst geräusch- bzw. emissionsarm arbeiten. Jedenfalls ist die Forderung sehr anmaßend, dass ein Unternehmen, welches mindestens 220 Meter weit lärmt, hierauf ein Gewohnheitsrecht haben soll, dass bis in eine Nachbarkommune wirkt.

Noch mehr aus städtebaulichen Gründen ist die Initiative der Stadt Frankfurt abzulehnen. Viele Beispiele zeigen, dass eine Wohnbebauung die bei weitem sinnvollste Nutzung für ein brachliegendes Hafengebiet darstellt. Müsste Offenbach hierauf verzichten, wären wichtige Chancen der Stadtentwicklung vertan. Viel nahe liegender ist es, dass die bei weitem reichere Stadt Frankfurt dafür sorgt, dass die hier ansässigen Betriebe mit üblichen Emissionsschutzmaßnahmen ausgerüstet werden.

Die Initiative der Stadt Frankfurt hinterlässt noch aus einem anderen Grund einen faden Beigeschmack: In den 90er Jahren war in Frankfurt lange über Wohnungsbau am Osthafen diskutiert worden. Letztendlich fehlte der politische Wille, ein so großes Projekt anzupacken. Eine Neuordnung des riesigen Hafens- und Industriegebiets halten wir aber weiterhin für notwendig – gerade um an geeigneten Stellen Wohngebiete auszuweisen.

Ihr politisches Versagen sollte die Stadt Frankfurt nicht auch noch einer Nachbarkommune aufzuzwingen versuchen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Lutz